

ZU DIESEM HEFT

Religion, Demokratie und Migration in Russland, der Ukraine und der Europäischen Union

Nach wie vor ist der Krieg Russlands gegen die Ukraine eines der bestimmenden Themen in Politik und Öffentlichkeit. Oft werden der Mut und die Standhaftigkeit gepriesen, mit denen die Ukrainer*innen sich den Angriffen Russlands entgegenstellen. Sie verteidigen, so heißt es dann häufig, nicht nur ihr eigenes Land, sondern ebenso die europäischen Werte der Freiheit und der Demokratie. So machte denn auch Frau von der Leyen einen möglichen EU-Beitritt der Ukraine zur Chefinnensache. »Sie sind einer von uns und wir wollen sie drin haben«,¹ erklärte sie kurz nach Kriegsbeginn. Unsere Autor*innen *Detlef Pollack, Gergely Rosta und Marta Shmendel* weisen allerdings darauf hin, dass »die Apostrophierung des Krieges als Auseinandersetzung zwischen Ost und West« die Gefahr berge, »die Ukraine westlich zu vereinnahmen«.² Es sei notwendig einen genaueren Blick auf die Einstellungen der Ukrainer*innen zur Demokratie zu werfen. Diese entwickelten sich, so die Autor*innen, zusammen mit einem ukrainischen Nationalbewusstsein insbesondere nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Sie untersuchen diese Entwicklungen im Vergleich zu denen in Russland anhand der Analyse von repräsentativen Bevölkerungsumfragen. Da in beiden Ländern der »Zusammenhang zwischen religiöser Identität und nationalem Zugehörigkeitsgefühl«³ enger sei als in westeuropäischen Ländern, nehmen sie als dritten Untersuchungsgegenstand die Einstellung zu Religion hinzu. Während beispielsweise in Spanien 32 Prozent die Religionszugehörigkeit als bedeutsam für die spanische Identität einstufen, halten es 70 Prozent der russischen Bevölkerung für »eher wichtig oder sehr wichtig«,⁴ der orthodoxen Religion anzugehören, um wirklich russisch zu sein. In der Ukraine sehen 50 Prozent eine Verbindung zwischen Religionszugehörigkeit und nationaler Identität. Die Leitfrage des Beitrags ist daher, inwieweit sich das Nationalgefühl in Russland und der Ukraine als religiöser, säkularer oder zivilreligiöser Nationalismus verstehen lässt. Während der säkulare und der zivilreligiöse Nationalismus mit dem für Demokratie nötigen Pluralismus

1 »Wir wollen sie drin haben«, in *tageschau.de* vom 28. Februar 2022. www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-eu-mitgliedschaft-101.html (Zugriff vom 27.07.2023).

2 Pollack, Rosta und Shmendel in diesem Band.

3 Ebd.

4 Ebd.

der Weltanschauungen vereinbar seien, gelte das nicht für den religiösen Nationalismus, der eine bestimmte Religion zur nationalen Religion erkläre.

Auch *Martin Seeliger, Christof Roos und Max Nagel* wenden sich in ihrem Beitrag dem Osten Europas zu. Für sie steht die Frage im Mittelpunkt, welche Auswirkungen die Personenfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union für die osteuropäischen EU-Staaten hat, die vor allem mit der Auswanderung ihrer Bürger*innen konfrontiert sind. Die Folgen von Emigration werden in den kosmopolitischen und liberalen Begründungen für Personenfreizügigkeit nicht ausreichend berücksichtigt, so die Ausgangsthese. Vor allem im Blick haben die Autoren die neoklassisch argumentierende politische Ökonomie und die auf individuelle Rechte fokussierende Migrationsethik. Erstere gehe von einer Win-win Situation aus: Als »marktkorrigierender Faktor«⁵ trage Personenfreizügigkeit zu einem Ausgleich von Angebot und Nachfrage von Arbeit bei und sorge so zudem für eine Maximierung sowohl individueller Einkommen als auch des Bruttoinlandsprodukts. Die Migrationsethik wiederum legt einen normativen Individualismus zugrunde und plädiert unter anderem für ein allgemeines Recht auf Bewegungsfreiheit. Für ein solches Recht wird auf Basis des Prinzips individueller Freiheit oder auch mit dem Hinweis auf das Glück des Geburtsorts in einer von Ungleichheiten geprägten Welt argumentiert. Beide Begründungsstränge nehmen nach Ansicht unserer Autoren die migrierenden Personen sowie die Zielländer in den Blick, aber eben nicht (ausreichend) die Herkunfts länder. Sie schlagen vor, diese Leerstelle unter Rückgriff auf Annahmen der Dependenztheorie zu füllen. In Anlehnung an diese verstehen sie die westeuropäischen Zielländer EU-interner Migration als Zentrum und die osteuropäischen Herkunfts länder als Peripherie. Verstärkte Auswanderung könnte in letzteren zu einer Abwanderung von gut ausgebildeten, jungen Bürger*innen führen und damit einen *brain drain* und eine Verstärkung des demografischen Wandels zur Folge haben. Mögliche ökonomische Nachteile werden nur bedingt durch Rücküberweisungen ausgeglichen. Diese Folgen der Auswanderung könnte die Abhängigkeit der Staaten der Peripherie von denen des Zentrums verstärken, so die Vermutung.

Innengesellschaftliche Machtstrukturen, damit verbundene Verhältnisse von Inklusion und Exklusion sowie Wege der Analyse dieser Verhältnisse sind das Thema von *Saskia Bender, Oliver Flügel-Martinsen und Michaela Vogt*. Dabei geht es ihnen vor allem um die Frage, inwiefern und durch welche Mechanismen oder Praktiken Ein- und Ausschlussverhältnisse verdeckt und damit verfestigt und verstetigt werden. Im ersten Teil führen die Autor*innen das Konzept der Verdeckung ein. Dies geschieht vor

⁵ Seeliger, Roos und Nagel in diesem Band.

dem Hintergrund eines Verständnisses von gesellschaftlichen Ordnungen als kontingenzen Ordnungen, die historisch geworden und damit für die Zukunft gestaltbar sind. Doch werde diese Kontingenz oftmals verdeckt und so der Anschein der Naturgegebenheit und Unveränderlichkeit der Ordnung erweckt. Besonderes Augenmerk liegt auf der Verdeckung von Ein- und Ausschlüssen, die die explizite Gleichheitssemantik moderner demokratischer Gesellschaften konterkarieren. Ansätze oder Bausteine einer Theorie der Verdeckung finden die Autor*innen bei Michel Foucault, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe sowie Jacques Rancière. Im zweiten Teil wenden sie sich einem empirischen Fall zu: den intensivierten Inklusionsbemühungen im deutschen Bildungssystem. Sie analysieren Techniken inklusiven Unterrichts und schulische Überprüfungsverfahren zur Feststellung speziellen Förderbedarfs. Es zeige sich, dass diese Bemühungen um Einschluss selbst wiederum mit spezifischen Ausschlüssen einhergehen, die verdeckt werden.

Demokratie gilt als die politische Ordnung, die am ehesten in der Lage ist, Macht in Grenzen zu halten und legitim zu verteilen. In den letzten Jahren ist die repräsentative Demokratie allerdings immer wieder infrage gestellt worden. Ein Vorwurf ist, sie sei nicht demokratisch genug; es bräuchte mehr direktdemokratische Elemente; stärkere Beteiligung der Bürger*innen, über Wahlen hinaus. *Eva Krick* beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit Bemühungen, mehr Beteiligung innerhalb der repräsentativen Demokratie zu ermöglichen. Ihre Ausgangsbeobachtung ist, dass Beteiligungsformate häufig von darauf spezialisierten Personen, Organisationen oder auch Unternehmen entwickelt und durchgeführt werden. Diese Akteure nennt sie »Beteiligungsprofis«, und sie sind es, die in dem Beitrag genauer in Augenschein genommen werden. Leitend ist dabei die Frage, wie diese »Beteiligungsprofis« die Demokratieentwicklung beeinflussen. Die Studie gibt einen Einblick in die wachsende Beteiligungsbranche in Deutschland, in die verschiedenen Tätigkeitsfelder und Organisationsformen und die Entwicklung hin zu einer zunehmend professionalisierten Branche. Mit Blick auf »die Auswirkungen von Professionalisierung und Kommerzialisierung auf die Beteiligungspraxis« und »die Legitimität professionalisierter Bürgerbeteiligung«,⁶ die in den letzten Kapiteln diskutiert werden, kommt die Studie zu einem ambivalenten Urteil. So könnte eine zunehmende Kommerzialisierung zu einer Marktkonzentration und einem Fokus auf bestimmte, aufwändige und damit lukrative Formate führen, wie zum Beispiel *Minipublics*. Eine solche Homogenisierung der Mittel würde die Flexibilität einschränken, spezifische Formate für einzelne Kontexte und Fragestellungen zu entwickeln. Zugleich

6 Krick in diesem Band.

sei aber noch nicht ausgemacht, ob die Branche sich in Deutschland tatsächlich zu einer primär marktorientierten entwickelt oder doch stärker in öffentlicher Hand verbleibt.

Jochen Kibel wendet sich einem stadtpolitischen Projekt zu, dem Flussbad Berlin. Das Flussbad dient als Beispiel, an dem das Kritikpotenzial des stadtsoziologischen Ansatzes *Eigenlogik der Städte* aufgezeigt werden soll. Bei starkem Regen entwässert die Berliner Mischkanalisation in Spree und Landwehrkanal, bis zu 40-mal pro Jahr. »Die Einleitungen in den Landwehrkanal (1,1 Millionen m³/Jahr) könnten diesen elf Kilometer langen Kanal pro Jahr gleich zweimal vollständig füllen.«⁷ Um diesem massiven ökologischen Problem entgegenzuwirken, wurde vor etwa 20 Jahren die Idee entwickelt, den Berliner Spreekanal an der Museumsinsel zu einem Flussbad umzubauen mit einer natürlichen Filteranlage, die das Wasser von den Schadstoffen aus den Abwassereinleitungen befreien soll. Trotz Zweifeln an der Leistungsfähigkeit der Filteranlage und Bedenken mit Blick auf den Denkmalschutz sind seither große Summen öffentlicher Fördergelder in das Projekt geflossen. Das Flussbad wird als eine »typisch Berlinerische« Lösung verstanden, die Kreativität mit Nachhaltigkeit verbinde. Diese Selbst- und Fremdbeschreibung des Projekts könnte zu Blindheit gegenüber berechtigter Kritik an ihm führen, so Kibels Sorge. Die Aufgabe der Stadtsoziologie sieht er darin, genau auf solche Punkte hinzuweisen, die vielleicht nicht mehr gesehen werden. Dafür schlägt er eine Verbindung des eigenlogischen Ansatzes mit der kritischen Stadtsoziologie vor. Während erstere für sich genommen Gefahr laufe, Eigenlogiken von Städten bloß zu rekonstruieren, ohne sie auch kritisch zu reflektieren, lege letztere externe Maßstäbe der Kritik an und berge damit das Potenzial, paternalistisch zu werden. Stattdessen schlägt der Autor vor, die Maßstäbe der Kritik durch die Rekonstruktion der eigenlogischen Selbstbeschreibungen erst zu entwickeln, um sie dann im zweiten Schritt anzuwenden. Mit Blick auf das Flussbad bedeutet das zum Beispiel, den vom Projekt selbst gesetzten Maßstab der Nachhaltigkeit anzuwenden und die Realisierungsbemühungen an eben jenem Maßstab zu messen.

Eva Deitert

7 Kibel in diesem Band.